

«Die Gegner trauen dem Volk zu wenig zu»

GEBÜHREN Am rechten Zürichseeufer stösst die Gebühreninitiative auf breite Ablehnung. Am linken Ufer findet sie mehr Zustimmung. Der Küssnachter Gemeindepräsident Markus Ernst (FDP) und der Wädenswiler Stadtpräsident Philipp Kutter (CVP) stellten sich den Fragen zur Abstimmung.

Sie zählen beide zum bürgerlichen Lager, vertreten aber unterschiedliche Meinungen. Warum spaltet die Gebühreninitiative die Bürgerlichen?

Markus Ernst: Die Initiative spaltet die Bürgerlichen, weil zwei Verbände – Hauseigentümerverband und Gewerbeverband – ohne Mitwirkung der Parteien diese Initiative lanciert haben.

Philipp Kutter: Die Bürgerlichen sind nicht gespalten. SVP, FDP und CVP sagen alle Ja – nur ein Teil der Gemeinden und dort vor allem die Gemeindepräsidenten sind anderer Meinung. Es geht um demokratische Mitspracherechte, um Volksrechte. Heute ist jeder von Gebühren betroffen, ohne mitreden zu können.

Ernst: Im Bezirk Meilen sind alle elf Gemeindepräsidenten gegen die Initiative. Philipp Kutter ist als Stadtpräsident ein Exot, weil er die Initiative unterstützt. Wahrscheinlich ist er in dieser Frage mehr Kantonsrat als Kommunalpolitiker.

Stehen die anderen Gemeinden am linken Ufer nicht auf Ihrer Seite, Herr Kutter?

Kutter: Das kann ich nicht sagen. Wir machen keine Meinungskontrolle. Es sind weder alle Gemeindepräsidenten dafür noch alle dagegen.

Herr Ernst, Sie schreiben auf der Gemeinde-Website, dass es in Küssnacht 400 Gebühren gibt.

Ernst: Möglicherweise sind es sogar 500 Gebühren. Es gibt Dienstleistungen in extremer Bandbreite mit verschiedenen Preisen. Wer glaubt, man kann den Gebührenkatalog von Wädenswil mit dem von Küssnacht vergleichen, irrt. Dazu müssten die Kataloge vorgegeben werden mit einer genauen Definition der einzelnen Leistungen.

Kutter: Auch wir haben sicher so viele verschiedene Gebühren. Ich bin aber der Meinung, der Katalog wäre ein gutes Instrument, um einen Überblick zu schaffen, wofür man Gebühren zahlt.

Ernst: Ich finde es auch sinnvoll, einen Katalog zu machen. Wir haben das schon gemacht, der Katalog kann auf der Website nachgeschaut werden. Ich frage mich nur, warum du das in Wädenswil nicht gemacht hast. Wartest du auf eine gesetzliche Vorgabe, also eine Zwangsvorgabe?

Kutter: Du hast den Katalog zwar, aber abstimmen lässt ihr über diesen Katalog in Küssnacht nicht!

Ernst: Du weisst doch, dass wir den Leuten etwas vorgaukeln. 80 Prozent der Gebühren sind vorgegeben. Wir reden am Ende noch über 20 Prozent, über welche die Stimmbürger abstimmen könnten. An der Gemeindeversammlung über Zehnernötili zu diskutieren, ist sinnlos. Ob etwa die Anmeldegebühr für den Wohnort 15, 20 oder 25 Franken kosten soll, ist kaum eine Diskussion wert.

Kutter: Wieso denn nicht? Ich erwarte eine interessante Diskussion. Du unterschätzt die Mitsprachefähigkeit der Stimmbürger. Es ist immer eine emotionale Frage, wie viel ich zahlen muss. Sei es fürs Anmelden am Wohnort oder für die Hundeabgabe. Ich bin nicht gegen Gebühren, aber man muss sie mit dem Volk diskutieren und legitimieren können.



Markus Ernst sieht in der Gebühreninitiative keinen Mehrwert für die Bürger, aber einen Mehraufwand für die Gemeinden. *Bilder Manuela Matt*

Ernst: Die 20 Franken für die Anmeldegebühr wollte Küssnacht als Willkommensgeschenk streichen. Aber der Kanton hat uns zurückgepfiffen. Das zeigt doch, wie es läuft: Da kommt einer mit einer sympathischen Idee an die Ge-

«Allfällige Mehrausgaben muss der Steuerzahler berappen.»

*Markus Ernst (FDP),
Gemeindepräsident Küssnacht*

meindeversammlung, und dann sagt der Kanton «nicht zulässig». Das Frustrationspotenzial ist so grösser als der Gewinn an direkter Demokratie.

Kutter: Dann müssten wir eben eine weitere Initiative starten, wenn man die Anmeldegebühr nicht erlassen darf. Mir geht es darum, mit der Bevölkerung über die Höhe der Gebühr diskutieren zu können.

Ernst: In Küssnacht kann man über die Gebühren diskutieren. Ich habe nur etwas dagegen, dass mir der Kanton etwas vorschreibt, was ich freiwillig machen könnte. Nochmals: Warum hast du in Wädenswil keinen Gebührenkatalog gemacht?

Kutter: Ja gut, das haben wir bisher unterlassen. Aber warum lässt ihr in Küssnacht nicht darüber abstimmen, wenn ihr schon einen Gebührenkatalog habt? Viele Bürgerinnen und Bürger würden das schätzen. Darum will ich es einführen.

Ernst: Warum muss es denn überall gleich sein? Wenn das in Küssnacht jemand haben will, macht er eine Einzelinitiative für eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung. Dazu braucht es kein kantonales Gesetz.

Kutter: Jetzt machen wir es halt über eine Volksinitiative. Du bist doch nicht gegen Volksinitiativen, oder?

Ernst: Nein, bin ich nicht. Aber das Ganze bringt den Bürgern keinen Mehrwert, dafür den Gemeinden einen finanziellen und administrativen Mehraufwand. **Was erwartet die Stimmbürger? Wie wird eine Gemeindeversammlung zum Gebührenkatalog ablaufen?**

Kutter: Ich erwarte eine ernsthafte Diskussion, ähnlich wie in einer Budgetdebatte. Am Schluss muss die Gemeindeversammlung zum ganzen Katalog Ja oder Nein sagen.

Ernst: Diskutieren kann man. Aber beim Budget kommen nur wenige Voten. Wenn ich dazu den Gebührenkatalog in Relation setze, glaube ich nicht, dass darüber diskutiert werden wird. Wenn wir die Hundeabgabe reduzieren, dann demonstrieren wir deswegen nicht ein paar Robidogs. Aber allfällige Mehrausgaben würde der Steuerzahler berappen müssen.

Kutter: Mich erstaunt schon, wie du sagen kannst, dass man zwar ein Budget bis ins Detail mit dem Souverän beraten will, aber bei den Gebühren sagt, das sei nicht stufengerecht. Ich bedaure, dass du die politische Mitbestimmung hier nicht zulassen willst. Es braucht auch bei den Gebühren eine politische Legitimation. Um diese geht es, nicht um die Abschaffung von Gebühren.

Ernst: Wir sind als gewählte Behörde legitimiert. Ich sehe es als Vertrauen der Stimmbürger zu den Behörden an, dass wir mit Augenmass Gebühren festsetzen. Ist es ein demokratischer Fortschritt, wenn alle über alles in der Gemeinde mitreden und mitbestimmen sollen? Du erachtest den Kantonsrat als fähig, die Gebühren festzusetzen, traust dieses dem Gemeinderat aber nicht zu. **Kutter:** Es ist ein Service am Bürger, wenn man ihm zeigt, wie hoch



Für Philipp Kutter ist es ungerecht, dass zwar alle Bürger von Gebühren betroffen sind, sie aber nicht mitreden und mitbestimmen können.

die Gebühren sind und wie sie zustande kommen.

Ernst: Bei allen 500 Gebühren?

Kutter: Nicht bei allen sind Erklärungen nötig.

Ernst: Und wer bestimmt, welche das sind?

Kutter: Es wird nicht überall Fragen geben. Ihr traut den Menschen zu wenig zu.

Alle vier Jahre bestimmt die Gemeindeversammlung über den Gebührenkatalog. Was passiert dazwischen? Sind die Gebühren für eine Amtsperiode eingefroren? Oder kann eine Gebühr geändert werden?

Kutter: Die Gebühren sind nicht eingefroren. Die Exekutive kann sie erhöhen. Die angepassten Gebühren kommen dann bei der nächsten Gesamtabstimmung in den Katalog.

Ernst: Das ist wieder so ein Denkfehler der Initianten. Nehmen wir

«Wichtig ist die bessere demokratische Legitimation.»

*Philipp Kutter (CVP),
Stadtpräsident Wädenswil*

nur einmal die Heimtaxen. Wir müssen die Gebühren dann verändern, wenn es nötig ist. Und dann sollen auch gleichzeitig die Stimmbürger darüber mitreden können.

Zahlt man heute in Wädenswil und Küssnacht mehr Gebühren als vor zehn Jahren?

Kutter: Tendenziell gehen die Gebühren rauf. Aber wir schauen schon, dass es nur moderate Anpassungen gibt. Darum hätte ich keine Angst, der Bevölkerung den Gebührenkatalog vorzulegen.

Ernst: Insgesamt sind unsere Einnahmen gestiegen, aber die Hälfte der Gebühren sind Heimtaxen.

Das sind höhere Aufwände und höhere Erträge. Bei den normalen Gebühren sind die Erträge stabil geblieben.

Die Befürworter kritisieren, dass die Gegner den Abstimmungskampf zum Teil mit gemeindeeigenen Mitteln bestreiten. Finanzieren die Küssnachter Bürger das Nein-Lager?

Ernst: Nein, die Gemeinde zahlt keine Spende an den Abstimmungskampf. **Und die Wädenswiler zahlen nicht für die Ja-Kampagne?**

Kutter: Nein, Wädenswil beteiligt sich nicht an der Pro-Kampagne. **Ernst:** Da sind wir uns für einmal einig. Ich halte auch nichts davon, Steuergelder dafür einzusetzen.

Was bringt es, wenn Gebühren in Gemeinden verglichen werden können?

Kutter: Der Katalog ist in erster Linie ein Service für die Bürgerinnen und Bürger. In zweiter Linie kann ich vergleichen und entsprechende Fragen stellen: Warum sind bei uns die Gebühren höher als in der Nachbargemeinde? Der Informationszugang wird verbessert. Ähnlich wie bei den Steuern spornt es uns Gemeinden an, bei den Gebühren mit den anderen mithalten zu wollen. Das ist ein sportlicher Vergleich.

Ernst: Sagen wir, ein Winterthurer macht diesen Vergleich, weil er den Wohnort wechseln will. Er schaut sich Steuerfuss, Landpreis und die Baubewilligungsgebühren an. In Wädenswil wird nach Stundenaufwand der Bauabteilung abgerechnet, in Küssnacht nach Kubikmetern des Projekts. Das lässt sich doch nicht vergleichen, auch wenn es im Katalog steht.

Kutter: Es stimmt, nicht alle Gebühren sind genau vergleichbar, viele aber schon. Die Transparenz hilft übrigens nicht nur den Umziehenden, sondern allen.

Ernst: Nehmen wir das Beispiel Hundeabgabe. Diese liegt zwischen 150 und 200 Franken. Zu

erfahren, dass diese in einer Gemeinde bei 160 oder 170 Franken liegt, bringt doch wenig. Ich glaube, man kann es mit der Kostenwahrheit übertreiben.

Kutter: Es ist nicht an uns, zu entscheiden, ob eine Gebührensenkung etwas bringt oder nicht. Wichtig ist die bessere demokratische Legitimation. Die Initiative verlangt nur das.

Sagen wir, die Hundegebühr beträgt 180 Franken. Eine «IG Hundebesitzer» kommt an die Gemeindeversammlung und will 50 Franken. Was passiert?

Ernst: Da müssten wir intervenieren, weil der Kanton eine Mindestgebühr vorschreibt. Man kann nur über ein Spektrum abstimmen. Wenn ich nicht weiss, dass es die Leitplanken gibt, dann könnte es Probleme geben. Ich kann nicht aus dem Stand sagen, wie die Leitplanken bei 500 Gebühren aussehen.

Kutter: Die Versammlung kann nur zum ganzen Katalog Nein sagen, nicht zu einzelnen Gebühren. **Ernst:** Dann muss eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen werden.

Kutter: Nein, der angepasste Katalog kann einfach der nächsten Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

Ernst: So spät?

Kutter: Und bis auf weiteres gelten die bisherigen Gebühren.

Ernst: Da kann man bis zu einem halben Jahr warten? Das gibt garantiert Juristenfutter.

Kutter: Ich erwarte kein Juristenfutter. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit der Bevölkerung einen guten Weg finden werden.

Welche Schäden könnte die öffentliche Hand erleiden und welchen Nutzen die Öffentlichkeit erhalten?

Ernst: Von Schaden würde ich nicht sprechen. Aber von etwa 50 000 Franken Zusatzaufwand. Leider sehe ich keinen zusätzlichen Nutzen. Für den Bürger wird es nicht günstiger. Wenn er die Gebühren senkt, ohne gleichzeitig auf eine Leistung zu verzichten, fällt es irgendwann auf die Steuern zurück. Im besten Fall gibt es ein Nullsummenspiel ohne Nutzen.

Kutter: Das Ganze nützt der direkten Demokratie. Die Initiative bringt mehr Transparenz und mehr demokratische Kontrolle.

*Interview: Pascal Jäggi/
Christian Dietz-Saluz*

ZWILLINGSINITIATIVEN

Die Gebühreninitiativen sind doppelt aufgegleist. Damit sollen sowohl die Kantons- als auch die Gemeindegebühren von der neuen Regelung erfasst werden, nämlich Parlament oder Gemeindeversammlung ein Mitspracherecht zu geben. Die Zwillingssinitiativen wurden von kantonalen Hauseigentümerverband und vom Gewerbeverband lanciert. Sie verlangen eine Abstimmung, sofern der Gesamtertrag der Gebührenerhöhungen die Aufwendungen des Gemeinwesens übersteigt oder eine höhere Belastung für die Einzelnen zur Folge hat. Zudem sind alle Gebühren in einem Katalog aufzulisten, der alle vier Jahre von Parlament oder Gemeindeversammlung zu genehmigen ist.

Der Kantonsrat hat den Zwillingssinitiativen mit 89 zu 79 Stimmen zugestimmt. Eine Minderheit im Kantonsrat und 81 Gemeinden haben dagegen das Referendum ergriffen, weshalb am 14. Juni über die beiden Gebühreninitiativen abgestimmt wird. Der Regierungsrat empfiehlt, sie abzulehnen. zsz